

# Brandenburger Städte – Garanten für Wirtschaftskraft und Lebensqualität

Positionspapier zum 1. Brandenburger Stadtentwicklungstag am 17.10.2011

---

## LEITLINIEN

### **Brandenburger Städte - entscheidend für die Zukunft des Landes**

Die kommunale Eigenständigkeit, die Tatkraft ihrer Bewohner und eine gezielte Förderpolitik des Landes haben die Städte im Land Brandenburg in den vergangenen 20 Jahren zu dem gemacht, was sie heute sind: lebendige Kristallisationspunkte! Ob in der ländlich geprägten Kleinstadt oder in der pulsierenden Landeshauptstadt – in den Städten lebt und arbeitet der Großteil der Brandenburger. Ob und wie die heute unbestritten hohe Lebensqualität, Attraktivität und Leistungsfähigkeit unserer Städte erhalten und weiterentwickelt werden kann, ist die zentrale Frage und Herausforderung für die kommenden Jahre. Und es ist eine Frage und Herausforderung nicht nur für die Städte, sondern auf Grund der Bedeutung der Städte für die Zukunft des gesamten Landes Brandenburg.

### **Strukturpolitische Rahmensetzungen für eine Stärkung der Städte erforderlich**

Die Weichen werden jetzt gestellt. Doch welche Fahrtrichtung letztlich eingeschlagen wird, hängt wesentlich auch davon ab, wie die Akteure auf Bundes- und Landesebene künftig ihre strukturpolitischen Rahmensetzungen auf eine Stärkung der Städte ausrichten werden und dabei auch die unterschiedliche raumstrukturelle Bedeutung der **Städte** im Auge behalten.

### **Globale Entwicklungstrends und Brandenburgische Besonderheiten**

Global gesehen konzentriert sich die Bevölkerung immer mehr in den Städten, dies ist auch in Brandenburg festzustellen. Diese generelle Entwicklung wird im Land Brandenburg von weiteren Besonderheiten und z. T. gegenläufigen Entwicklungstrends überlagert:

- ◆ Es gibt im Flächenland Brandenburg nur 2 Großstädte und 23 Mittelstädte, von denen wiederum nur 2 Städte mehr als 50.000 Einwohner aufweisen. Das Gros der Brandenburger Städte sind Kleinstädte und kleine Landstädte.
- ◆ Die Stadtgröße in Verbindung mit der Lage zur Metropole Berlin markieren die Eckpfeiler der strukturellen Bedeutung für die Landesentwicklung und der kommunalen Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Die Entwicklung in Brandenburg ist natürlich in starkem Maße durch die Metropole Berlin geprägt.
- ◆ Im peripheren Metropolenraum gibt es – wenn auch rückläufig – weiterhin Bevölkerungsverluste, während im Berliner Umland mehr Zuzüge als Fortzüge zu verzeichnen sind.
- ◆ Der Unterhalt vieler Infrastrukturen in der Fläche wird auf Dauer nicht zu bewerkstelligen sein. Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung wird daher mit einer weiter steigenden Konzentration von Wohnen und Arbeiten sowie zentralörtlichen Funktionen in den Städten einhergehen (u.a. Bildung, Kultur, Medizin, Soziale Betreuung).
- ◆ Das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Städten wird auch künftig die Entwicklung im Land bestimmen. Es ist eine zunehmende Differenzierung der Handlungsbedarfe zwischen wenigen wachsenden und vielen schrumpfenden Städten sowie zwischen größeren und kleineren Städten zu erwarten.

Die notwendige Sicherstellung der Daseinsvorsorge in sehr unterschiedlichen Raumkonstellationen bringt hohe Anforderungen an das kommunale Handeln mit sich. Hinzu kommen übergreifende Herausforderungen wie die Gefahr zunehmender sozialer Disparitäten und regionaler Ungleichgewichte, Nachwuchsprobleme und Fachkräftemangel in der Wirtschaft, steigende Energiekosten, die Konsequenzen aus dem Klimawandel und ein zunehmender Altersdurchschnitt der Brandenburger Bevölkerung. Hier muss zielgenau reagiert werden. Es bedarf klarer Strategien – vor Ort, kleinteilig und effizient, aber auch auf regionaler und auf Landesebene.

Wir Städte im Land Brandenburg wollen und können hier den zentralen Beitrag leisten. Jedoch müssen die Voraussetzungen für eine weiterhin stringente Entwicklung der Städte stimmen.

### **Brandenburger Städte – Wirtschaftsstandorte mit Anspruch**

Die Städte sind die Zentren der Wertschöpfung im Land Brandenburg. Dabei prägen Klein- und mittelständische Unternehmen das Bild der Brandenburger Wirtschaft. Sie bedürfen als wirtschaftliche Basis des Landes einer weiteren Stärkung.

Die Städte halten die Wirtschaft in Bewegung und bieten, was bestehende Unternehmen, aber auch neu ansiedelnde Unternehmen und Existenzgründer brauchen: eine ausgezeichnete Infrastruktur, Zugang zu anderen Unternehmen, Zugang zu Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie zu Bildungseinrichtungen. Unsere Städte haben, was Unternehmer und qualifizierte Fachkräfte schätzen: gute Bildungschancen für ihre Kinder, überschaubare Strukturen und kurze Entscheidungswege, ein großes Freizeitangebot und ein attraktives landschaftliches Umfeld – kurz: eine hohe Lebensqualität!

Die von Unternehmen hoch geschätzten Vorzüge unserer Städte müssen erhalten und noch mehr auf die sich ändernden Rahmenbedingungen ausgerichtet werden:

- ◆ Wir brauchen eine stärkere Verzahnung von Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, um unsere Nachwuchs- und Fachkräfteprobleme in den Griff zu bekommen und eine darauf abgestimmte Struktur-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik.
- ◆ Für die Fachkräftesicherung brauchen wir neben einem wettbewerbsfähigen Einkommen eine hohe Wohn- und Lebensqualität in unseren Städten. Um die zu gewährleisten, brauchen wir wiederum das konzertierte Zusammenwirken von kommunaler Politik und Verwaltung, aber auch von Landesregierung, Landkreis und Stadt.
- ◆ Wir brauchen eine räumlich differenzierte und auf die jeweiligen Stärken ausgerichtete Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung:
  - Um die Wettbewerbs- und Exportfähigkeit unserer Unternehmen weiter zu erhöhen, setzen wir verstärkt auf Innovation und Zukunftstechnologien und brauchen hierfür verlässliche Rahmensetzungen seitens der Landesregierung.
  - Touristische Leistungsträger, Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe sind die Säulen der Wirtschaft in unseren Klein- und Landstädten. Sie sind für die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum unverzichtbare Bestandteile.

### **Brandenburger Städte – Wohnstandorte mit Perspektive**

Ein entscheidender Motor für die Entwicklung der Brandenburger Städte ist die organisierte Wohnungswirtschaft. Die großen Anstrengungen in den vergangenen Jahren bei der Sanierung, beim Neubau und beim Stadtumbau mit Abriss und Rückbau prägen heute das Bild unserer Städte.

Ein attraktives Wohnungsangebot ist zugleich ein zentraler Beitrag für die Lebensqualität in den Städten. Die Wohnungswirtschaft ist ein wichtiger Faktor der lokalen Wertschöpfung, da sie ein großer Auftraggeber für die mittelständische Wirtschaft ist. Gemeinsam mit dieser wird sie sich den zukünftigen Herausforderungen der energetischen Quartiersentwicklung und der Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäudesubstanz zu bezahlbaren Mieten stellen.

- ◆ Wir brauchen starke Wohnungsunternehmen als Partner der Stadtentwicklung.
- ◆ Dafür ist auch künftig eine verlässliche Städtebauförderung und eine Anschlussregelung für die Altschuldenhilfe Voraussetzung.

### **Brandenburger Städte – Garanten für Bildung, Gesundheit und Versorgung für das gesamte Land**

Die Städte im Land Brandenburg sind unverzichtbar für die Daseinsvorsorge. Zeitgemäße Bildungsangebote, eine auf die tatsächlichen Anforderungen ausgerichtete Gesundheitsinfrastruktur und breit gefächerte Angebote in den Bereichen Wohnen, Handel und Dienstleistung können nur in den Städten wohnortnah und qualitativ hochwertig bereitgestellt werden. Aktuell verzeichnen zahlreiche Städte Zuzüge aus dem Umland, weil passfähige Angebote in der Fläche nicht aufrecht zu halten sind. Eine klare Kosten-Nutzen-Abwägung aus Sicht des Landes kann daher nur zu einem Ergebnis führen: Vorrang für unsere Städte!

Wir brauchen ein landesweit und institutionsübergreifend abgestimmtes und zukunftsfähiges System der Daseinsvorsorge, welches auf die räumlich sehr differenzierten Aufgabenkonstellationen ausgerichtet ist:

- ◆ Wir brauchen eine **Bildungspolitik**, die trotz demografisch bedingter Probleme einerseits die Chancengleichheit über alle Bevölkerungsgruppen und Regionen sichert und andererseits eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes im Blick hat.
- ◆ Wir brauchen eine **Gesundheitspolitik**, die eine ausreichende und sozial gerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gewährleistet.
- ◆ Wir brauchen eine **Sozialpolitik**, die sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt als auch dem zunehmenden Altersdurchschnitt der Bevölkerung Rechnung trägt sowie sozialen Disparitäten entschieden entgegenwirkt.
- ◆ Die Kleinstädte und kleinen Landstädte sind die Anker/Zentren der Versorgung im ländlichen Raum. Wir brauchen gemeinsame Anstrengungen und intelligente Lösungen, damit diese ihren **Versorgungsaufgaben** auch künftig gerecht werden können.

### **Brandenburger Städte – Zentren von Wissenschaft und Forschung**

Die Städte im Land Brandenburg bieten Wissenschaft und Forschung ein attraktives Umfeld. Von insgesamt 42 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg sind 37, d.h. nahezu 90 %, in Städten angesiedelt. Studentinnen und Studenten an unseren Universitäten und Hochschulen schätzen ein urbanes Umfeld. Dass sie das in unseren Städten finden und dass sich unsere Universitäten und Hochschulen wachsender Beliebtheit erfreuen, belegen die Studierenden-Zahlen, die sich von 2000 bis 2010 um 50 % erhöht haben.

Forschungseinrichtungen finden in unseren Städten Partner aus der Wirtschaft, mit denen Forschungsergebnisse in der Praxis getestet bzw. eingeführt werden können.

- ◆ Wir brauchen eine Wissenschaftspolitik, die Wissenschaft und Forschung im Land stärkt. Daher ist eine Reduzierung der Studienplätze vor dem Hintergrund des absehbaren Fachkräftemangels kontraproduktiv.

- ◆ Wir brauchen Städte, deren urbane und infrastrukturelle Qualitäten für Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin attraktiv sind.
- ◆ Wir brauchen eine intensive Vernetzung von Wissenschaft/Forschung, Wirtschaft und Bildung im Land Brandenburg, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes langfristig und nachhaltig zu sichern.

### **Brandenburger Städte – Identität, kulturelle Vielfalt und eine aktive Bürgergesellschaft**

Die Städte im Land Brandenburg machen mit unserer Jahrhunderte zurückreichenden Entwicklungsgeschichte die eigentliche Identität des Landes aus. Nicht zuletzt auch durch das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger bieten unsere Städte ein breit gefächertes und vielfältiges kulturelles Angebot für Einwohner, Gäste und Touristen. Wir arbeiten intensiv an der großen Zukunftsaufgabe einer aktiven Bürgergesellschaft, ohne die die Herausforderungen der kommenden Jahre nicht zu meistern sein werden.

- ◆ Wir brauchen Rahmenbedingungen, die die weitere Stärkung unserer traditionsreichen, individuellen Innenstädte ermöglichen sowie den Erhalt eines vielfältigen Kulturangebotes.
- ◆ Wir brauchen ein verstärktes privatwirtschaftliches und bürgerschaftliches Engagement, um die Attraktivität und Angebotsvielfalt unserer Städte langfristig und nachhaltig zu sichern.
- ◆ Wir brauchen die aktive Bürgergesellschaft, um eine gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an der Stadtentwicklung zu erreichen und damit sowohl die Identifizierung mit der Heimatstadt zu stärken als auch sozialen Disparitäten entgegenzuwirken.

### **Brandenburger Städte – Vorreiter beim integrierten Handeln und Fördern**

Wir, die Städte im Land Brandenburg wissen, wo wir hin möchten. Wir haben integrierte Konzepte für die Stadtentwicklung erstellt und sind auf künftige Entwicklungen vorbereitet. Wir haben Partner in der Wirtschaft und Wissenschaft, in der Bildung, im Sozialbereich und in der Kultur. Am wichtigsten aber ist die Tatsache, dass wir Städte Bürgernähe garantieren und das bürgerschaftliche Engagement hier seine Wurzeln hat.

- ◆ Wir brauchen eine ressortübergreifende Ausrichtung und Abstimmung der Fachpolitiken auf Landesebene zur Stärkung der Städte.
- ◆ Wir brauchen eine klare Unterstützung von Land und Bund und wir brauchen eine verbindliche Mittelausstattung, um aktuelle Aufgaben zu erledigen und die Zukunft zu gestalten.

### **Die Konsequenz: „Stärken stärken“ heißt „Brandenburger Städte stärken“**

Wir, die Städte im Land Brandenburg, unterstützen den Politikgrundsatz „Stärken stärken“. Die Zukunftsaufgaben des Landes sind nur über die Städte und mit den Städten zu lösen. Wir Städte wissen, was für unsere Wirtschaft und Bürgerschaft wichtig ist. Wir Städte gewinnen die Menschen für gesellschaftliches Engagement und schaffen Identität. Dafür benötigen wir - insbesondere in der nächsten EU-Haushaltsperiode - eine integrierte Förderung und mehr Flexibilität und Eigenständigkeit zur Umsetzung unserer integrierten Konzepte.

## FORDERUNGEN AN DIE LANDESREGIERUNG

1. Die Städte erneuern ihre Forderung einer funktions- und aufgabengerechten Finanzausstattung. Dies setzt voraus, dass die Aufgabenteilung zwischen Bund, Land und Städten klar geregelt wird. Das Konnexitätsprinzip ist in aller Konsequenz herzustellen und anzuwenden.
2. „Stärken stärken“ heißt primär „Städte stärken“ und „Vorrang für die Städte“ bedeutet, dass vor allem die Infrastrukturpolitik ressortübergreifend auf eine Stärkung der Städte auszurichten ist. Eine Beteiligung der Städte an Infrastrukturplanungen und -entscheidungen mit regionaler und landesweiter Bedeutung ist zu gewährleisten.
3. Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes soll die Landesregierung in einen direkten und gleichberechtigten Dialog mit den Städten treten. Hierzu können die drei Arbeitsgemeinschaften als Plattform genutzt werden.
4. Die anstehenden Strukturreformen und strategischen Planungen müssen auf eine Stärkung der Städte ausgerichtet werden, wobei den raumstrukturellen Besonderheiten in den Teilräumen Rechnung zu tragen ist. Städtische und ländliche Entwicklungsimpulse sind aufeinander abzustimmen.
5. Die Fachpolitiken der Landesregierung sind wesentlich besser aufeinander abzustimmen und konsequent auf eine integrierte Stärkung der Städte auszurichten.
6. Die nationale und europäische Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung sind besser zu verzahnen. Förderprogramme sind zu bündeln und in ihrer Anwendung flexibler zu gestalten. Antrags- und Abrechnungsverfahren sind zu vereinfachen und zu synchronisieren.
7. Die Landesregierung – insbesondere das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten - wird ausdrücklich bei seinen Bemühungen in Brüssel unterstützt, sich für eine Fortsetzung der finanziellen Unterstützung für eine nachhaltige Stadtentwicklung aus den EU-Strukturfonds (Städtische Dimension) einzusetzen und dabei eine Reduzierung der Förderquote der europäischen Programme auf 50 % zu verhindern. EFRE- und ELER-Fonds sind künftig durchlässiger zu gestalten. Die bislang geltende Beschränkung von ELER auf Kommunen mit bis zu 10.000 Einwohnern soll aufgehoben werden, um die zukünftige funktionale Bedeutung besser berücksichtigen zu können.
8. Die Landesregierung wird ausdrücklich bei ihrem Protest gegen die erneute Kürzung der Städtebauförderung durch die Bundesregierung unterstützt. Stadtentwicklung und Stadtumbau erfordern auch künftig eine verlässliche, problemgerechte Städtebauförderung mit einer Schwerpunktsetzung zugunsten der Innenstädte.
9. Die Landesanteile in der Bund-Länder-Förderung sind – auch unabhängig vom Bund - zu sichern und zu verstetigen. Gegebenenfalls sind aufgabenspezifische Landesprogramme aufzulegen.
10. Die „Bedeutung der Städte“ muss Gegenstand einer Kabinettsbefassung werden und darüber ist dem Parlament erstmals im Jahr 2012 ein interministeriell abgestimmter Stadtentwicklungsbericht vorzulegen, wobei insbesondere auf die vorab dargestellten Punkte eingegangen werden soll.

Potsdam, den 25.10.2011